

Kim Lucht/Frank Deppe/Klaus Dörre (Hrsg.)

# Sozialismus im 21. Jahrhundert?



VSA:

Sozialismus-  
Debatten 1

Kim Lucht/Frank Deppe/Klaus Dörre (Hrsg.)  
Sozialismus im 21. Jahrhundert?  
Sozialismus-Debatten 1

Kim Lucht/Frank Deppe/Klaus Dörre (Hrsg.)  
**Sozialismus im 21. Jahrhundert?**  
Sozialismus-Debatten 1

VSA: Verlag Hamburg

Die Drucklegung wurde finanziell unterstützt aus Mitteln des Bereichs Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

© VSA: Verlag Hamburg GmbH, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelgrafik: Sebastian Gündel/Rosa Luxemburg Stiftung Berlin

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-96488-171-1

# Inhalt

Vorwort .....	7
Frank Deppe <b>Überlegungen zur Sozialismusdebatte im 21. Jahrhundert</b> .....	11
Klaus Dörre <b>Ökosozialismus statt Barbarei</b> .....	31
Zur Bedeutung der Eigentumsfrage für eine Nachhaltigkeitsrevolution	
David Salomon <b>Gemeinschaft, Gesellschaft und Individuum</b> .....	55
Überlegungen zum Sozialismusbegriff	
Ingar Solty <b>Sozialismus als Ausgang der Menschheit aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit</b> .....	65
Michael Brie <b>Gegen den Sturm</b> .....	83
Das weite Feld von Fundamentalopposition und Widersprüchen	
Ulrich Brinkmann/Maurice Laßhof <b>Der »halbe Fordismus« der DDR</b> .....	97
Einige regulationstheoretisch inspirierte Überlegungen	
Joachim Bischoff <b>Defekte des Kapitalismus im 21. Jahrhundert und Systemalternativen</b> .....	117
Christoph Lieber <b>Strategische Bausteine der Sozialismus-Diskussion</b> .....	135
Zeitdiagnose, Betriebsweise und politisches Feld	
André Leisewitz/Jürgen Reusch <b>»Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!«</b> .....	151
Keine Zeit für kapitalismuskritische Debatten?	

Janis Ehling	
<b>Verlieren linke Parteien ihre Bedeutung?</b> .....	165
Aufstieg und Niedergang linker Parteien vom Industriekapitalismus zum späten Neoliberalismus	
Ines Schwerdtner	
<b>Es fehlt das strategische Zentrum</b> .....	181
Witich Roßmann	
<b>Antagonistische Logiken der Vergesellschaftung und gewerkschaftliche Gegenmacht</b> .....	189
Janina Puder/Kim Lucht	
<b>»Damit sich wirklich etwas ändert, müsste ein politischer Streik her!«</b> .....	205
Der politische Streik als (öko)sozialistische Transformationsstrategie?	
Autor*innen .....	221

# Vorwort

Der vorliegende Band dokumentiert Beiträge zu einer Debatte über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Diese hat im vergangenen Jahrzehnt weltweit schon zahlreiche theoretische Überlegungen, Manifeste, aber auch einzelne praktisch-politische Erfahrungen – auch des Scheiterns von ersten Versuchen des »Ansturms auf die Macht« – hervorgebracht. Vielfach wurde die Feststellung »Socialism is Back« (Nancy Fraser) im Schlusskapitel von Analysen zur »Vielfachkrise« des globalen Finanzmarktkapitalismus und der Klimakrise, der Zunahme der Ungleichheit in den reichen Sektoren der Weltgesellschaft, der Pandemie sowie zur zunehmenden Gefahr von militärischen Katastrophen aufgegriffen, um alternative Wege im Interesse der subalternen sozialen Kräfte aus den Krisen der Gegenwart zu begründen. Diese Wege zu einer neuen Gesellschaft auf Grundlage radikal veränderter Gesellschaft-Natur-Beziehungen werden natürlich durch die weltwirtschaftlichen und politischen Macht- und Kräfteverhältnisse bestimmt werden, deren Veränderungen zulasten des »Westens«, i.e. des »American Empire«, sich in der Endphase der neoliberalen Formation des globalen Kapitalismus abzeichnen.

Um diese Konstellation des »Scheiterns des globalistisch-neoliberalen Gesellschaftsentwurfs« (Wolfgang Streeck) – ohne dass schon ein »Nachfolgeregime« erkennbar wäre – zu beschreiben, greifen einige Autor\*innen auf den Begriff des »Interregnums« zurück, den der italienische Kommunist Antonio Gramsci vor fast 100 Jahren in den »Kerkerheften« verwendet hatte. Er wollte damit die Periode seines Wirkens nach dem Ersten Weltkrieg – mit der Oktoberrevolution, den Siegen des Faschismus in Italien und Deutschland sowie mit dem Aufstieg des »Fordismus« in den USA – charakterisieren. Dieses sei durch eine »Autoritätskrise« des herrschenden Blocks auf der einen, aber auch durch die Schwäche der revolutionären Kräfte auf der anderen Seite gekennzeichnet: »das Alte stirbt und das Neue ... kann ... nicht zur Welt kommen«.<sup>1</sup> Der Kommunist Gramsci war davon überzeugt, in einem extrem krisenhaften und gewaltsamen »Interregnum« zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu leben. Der Philosoph Hegel feierte am Anfang des 19. Jahrhunderts seine Zeit, mit dem »herrlichen Sonnenaufgang« der Französischen Revolution von 1789, mit der Proklamation von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit«, als Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft als eines Zeitalters der Vernunft, als eine »Periode der Geburt und des Übergangs zu einer neuen Periode [...]«. Der Geist hat mit der bisherigen Welt seines

---

<sup>1</sup> Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Band 2, Hamburg 1991, S. 354.

Daseins und Vorstellens gebrochen und steht im Begriffe, es in die Vergangenheit hinab zu versenken, und in der Arbeit seiner Umgestaltung. Zwar ist er nie in Ruhe, sondern immer in fortschreitender Bewegung begriffen. Aber wie beim Kinde nach langer stiller Ernährung der erste Atemzug jene Allmählichkeit des nur vermehrenden Fortgangs abbricht – ein qualitativer Sprung, – und jetzt – da das Kind geboren ist, so reift der sich bildende Geist langsam und stille der neuen Gestalt entgegen, löst ein Teilchen des Baus seiner vorhergehenden Welt nach dem anderen auf, ihr Wanken wird nur durch einzelne Symptome angedeutet; der Leichtsinne wie die Längeweile, die im Bestehenden einreißen, die unbestimmte Ahnung eines Unbekannten sind Vorboten, dass etwas anderes im Anzuge ist. Dies allmähliche Zerbröckeln, das die Physiognomie des Ganzen nicht verändert, wird durch den Aufgang unterbrochen, der, ein Blitz, in einem Male das Gebilde der neuen Welt hinstellt.«<sup>2</sup>

Im frühen 21. Jahrhundert wird die Sozialismusdebatte allerdings nicht vom Pathos des universalen Sieges von Vernunft und Gerechtigkeit getragen. Das Plädoyer für die Aufhebung und Überwindung der von der Kapitalakkumulation und dem globalen Wettbewerb angetriebenen Dynamik des Wachstums leitet sich von einer großen Furcht vor der Zerstörung des Planeten und der Menschheit ab.

Am 15. Juli 2022 fand in der Universität Jena eine Tagung statt, die der Debatte über »Sozialismus« gewidmet war. Anlass war zum einen der 80. Geburtstag von Frank Deppe im Jahre 2021. Andererseits bezog sich die Thematik der Tagung auf sein Buch mit dem Titel »Sozialismus. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven«, das 2021 im VSA: Verlag erschienen war.

Der vorliegende Band dokumentiert Beiträge aus dieser Tagung sowie Beiträge aus der anschließenden Plenumsdiskussion. Einige Beiträge wurden für diesen Band verfasst. Deren thematische Schwerpunkte reflektieren zugleich verschiedene Dimensionen eines Projektes der gesellschaftlichen und politischen Emanzipation von Ausbeutung, Unterdrückung, kultureller Entfremdung und Diskriminierung. Die Beiträge arbeiten an einem Begriff des Sozialismus »auf der Höhe der Zeit«, beleuchten einzelne Aspekte der Geschichte des Sozialismus und gehen auf jene inneren Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung ein, die die Forderungen sozialistischer Politik und die Realutopien der Transformation unterstützten. Sie gehen zugleich auf wichtige Fragen gegenwärtiger sozialistischer Politik ein, die durch die Veränderungen des Parteiensystems, aber auch im Zusammenhang der

---

<sup>2</sup> Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Phänomenologie des Geistes, Vorrede, Bamberg u.a. 1807, S. 15–16.



Kämpfe der Gewerkschaften und der Kampfformen der sozialen Bewegungen aufgeworfen werden.

Die Geschichte des modernen Sozialismus ist mit der theoretischer Kritik der herrschenden Verhältnisse in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, mit der Erfahrung von Klassenkämpfen, Siegen und Niederlagen, mit der demokratischen und sozialstaatlichen Transformation entwickelter kapitalistischer Gesellschaften ebenso verbunden wie mit den Kämpfen um Menschenrechte, gegen imperialistische Kriege und faschistische Herrschaftsformen sowie um die Befreiung von kolonialer und neokolonialer Herrschaft. Und diese Geschichte wird im 20. Jahrhundert natürlich auch durch die Siege und Niederlagen des »realen Sozialismus« im Gefolge der Oktoberrevolution des Jahres 1917 geprägt.

Es wäre zu wünschen, dass mit diesem Band weitere Beiträge zu einer Sozialismusdebatte in der Bundesrepublik Deutschland angeregt werden.

Kim Lucht/ Frank Deppe/Klaus Dörre

Juli 2023

Frank Deppe

# Überlegungen zur Sozialismusdebatte im 21. Jahrhundert

## Vorbemerkung

Im Herbst 2021 veröffentlichte der VSA: Verlag mein Buch mit dem Titel »SOZIALISMUS. Geburt und Aufschwung. Widersprüche und Niedergang – Perspektiven«. Seitdem habe ich das Buch und seine Thesen an zahlreichen Orten und in Videokonferenzen vorgestellt. Am Anfang dieses Beitrages wird auf zwei kritische Einwände eingegangen, die dabei immer wieder vorgebracht wurden. Diese Einwände werden natürlich auch gegen andere Beiträge zu dieser Debatte erhoben.

### 1.

Zuerst ist der Vermutung ist zu widersprechen, es handle sich um den Versuch der Rekonstruktion der Geschichte des neuzeitlichen Sozialismus.<sup>1</sup> In den historischen Kapiteln werden spezifische Widersprüche und Fragen angesprochen, die sich aus der Geschichte, aus der »Wellenbewegung« des Sozialismus in den vergangenen beiden Jahrhunderten, ergeben haben. (Vgl. Brie 2016) Viele dieser Fragen müssen auch bei der Analyse der »neuen Welle« des Sozialismus im frühen 21. Jahrhundert berücksichtigt werden. Es geht dabei um die Bedeutung der Geschichtsphilosophie, um falsche ökonomische Prognosen und Theorien des Zusammenbruchs, um eine ökonomistisch verengte Klassenanalyse sowie um Widersprüche beim – theoretischen wie praktischen – Umgang mit der Rolle des Staates, allgemeiner: mit der Rolle der Institutionen, der Rechtsverhältnisse als Kampffeld, um die spezifische Integrationskraft des parlamentarischen Systems sowie um das Bürokratieproblem in den Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Überschrift des zweiten Kapitels lautet: »Klasse – Partei – Staat. Realer Sozialismus im 20. Jahrhundert« – und dieser Dreischritt enthält offensichtlich hinreichend »Sprengstoff«, auch für die aktuelle Debatte!

Ein zweiter Einwand richtet sich gegen die These »Socialism is back«, die z.B. von Nancy Fraser vertreten wird. (Vgl. Fraser 2019; 2023) Er kritisiert – vor allem mit Blick auf die politischen Verhältnisse in Deutschland – diese als

---

<sup>1</sup> Michel Krätke (in WOZ, Nr. 5, Februar 2023) kritisiert mein Buch als einen »historischen Rückblick«, der sich einer wohlwollenden »Traditionspflege« hinsichtlich der kommunistischen Arbeiterbewegung verschrieben habe. Krätke hatte wohl nach dem ersten Blick ins Inhaltsverzeichnis keine Lust mehr zum Lesen. Darüber hätte er allerdings feststellen können, dass die Seiten 243 bis 351 den »Sozialismus im 21. Jahrhundert« behandeln.

unzutreffend oder als viel zu optimistisch. Dagegen spricht zunächst, dass in der jüngsten Zeit eine Fülle von Arbeiten erschienen sind, die sich mit dem »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« befassen. Klaus Dörres »Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution«, aus dem Jahr 2021, erscheint bereits in der zweiten Auflage; Raul Zelik schrieb jüngst über den »grünen Sozialismus«, Dieter Klein über die Transformationsproblematik. Im VSA: Verlag erschienen und erscheinen aktuell Beiträge von Michael Brie (Brie 2022) und Joachim Bischoff (Bischoff 2023); weitere Beiträge zur Sozialismusdebatte in China sind angekündigt. Vor allem im angelsächsischen Sprachraum gibt es eine lebhaftige Sozialismusdebatte – u.a. auch das »Socialist Manifesto« von Bashkar Sunkara, das gerade in einer Neuauflage erscheint.<sup>2</sup> Dazu gehört auch eine neue Publikation des Journalisten Lukas Hermsmeier, der die These vertritt, dass die »Wiedergeburt der amerikanischen Linken sich nicht von der enormen Entfremdung und Verelendung trennen lässt, die dieses Land bestimmen [...] Vor allem junge Amerikaner kennen ihr Land eigentlich nur im Notstand [...] Die Lücke zwischen Arm und Reich ist im Laufe des 21. Jahrhunderts immer extremer geworden. Zehntausende Amerikaner\*innen sterben jährlich aufgrund fehlender Gesundheitsversorgung. Weitere Zehntausende durch Waffengewalt und Opioid-Überdosierung. Über alledem ragt die Klimakatastrophe, die sich in den USA in Form von Waldbränden, Hurrikans und Überflutungen existenzieller zeigt als in Mitteleuropa« (Hermsmeier 2022; Mayer 2022).

Der schwedische Marxist Göran Therborn hat 2022 in der Londoner Zeitschrift *New Left Review* einen langen Artikel mit dem Titel »The World and the Left« veröffentlicht, der im VSA: Verlag in deutscher Übersetzung als Flugschrift erschienen ist (Therborn 2023). Dabei geht er der Frage nach, ob der Siegeszug des Neoliberalismus – mit der Durchsetzung des globalen Finanzmarktkaipitalismus und dem Ende des realen Sozialismus sowjetischer Prägung – der gesellschaftlichen und politischen Linken in den alten Kapitalmetropolen des Westens am Ende des 20. Jahrhunderts eine vernichtende Niederlage beigefügt habe. Er schlägt jedoch vor, diese Situation als eine »der Sackgasse und der Erschöpfung charakterisiert werden kann: die Sackgasse der Ökonomien sowjetischen Typs und die Erschöpfung der west-

---

<sup>2</sup> Das »Manifest« von Sunkara, dem Herausgeber der Zeitschrift *Jacobin*, präsentiert im ersten Teil einen Abriss der Geschichte des internationalen Sozialismus seit dem frühen 19. Jahrhundert und schließt mit einem Kapitel über »Socialism and America (S. 159ff.). Als Teilnehmer der Konferenz »Socialism in the World« in Cavtat/Jugoslawien erlebte ich im Jahre 1988 eine chaotische und dramatische Tagung, in der der Niedergang und Zerfall des »realen Sozialismus« und die bevorstehende Zerstörung Jugoslawiens gegenwärtig waren. Im Tumult sprachen die beiden Altmarxisten aus New York: Paul M. Sweezy und Harry Magdoff, zu dem Thema: »Why the United States of America need Socialism«.

lichen Arbeiterbewegung auf dem Höhepunkt der industriekapitalistischen Entwicklung – oder, wenn man beides zusammennimmt, die Erschöpfung eines industriellen Zeitalters der Reformen und Revolutionen. Das Jahrhundert endete mit der Ablösung des sozialstaatlichen Keynesianismus durch den Neoliberalismus als hegemoniale sozioökonomische Ideologie. Dieser aggressive, ausschließlich profitorientierte und primär finanzgetriebene Kapitalismus wurde zum neuen Paradigma, und der langsame Prozess des (nationalen) wirtschaftlichen Ausgleichs seit 1945 wurde abrupt umgekehrt. [...] Die neue Linke des 21. Jahrhunderts muss vor diesem Hintergrund eingeschätzt werden, als ein Versuch, den Sozialismus unter der globalen Hegemonie des Neoliberalismus am Leben zu erhalten.« (Therborn 2023: 26f.) Gleichwohl hat das junge 21. Jahrhundert – so Therborn an anderer Stelle – schon »eine Fülle neuer Bewegungen der Linken hervorgebracht, die in ihrer Kreativität und Radikalität beeindruckend sind. Sie agieren aus ihrer eigenen Empörung heraus und rekurrieren nicht auf die Niederlagen ihrer Vorgänger.« (Ebd.: 15). »Die neoliberal-kapitalistische Globalisierung hat der Linken des 20. Jahrhunderts ein Ende bereitet, aber durch ihre Exzesse, ihre Arroganz und ihre wirtschaftlichen Zusammenbrüche hat sie auch eine neue Linke des 21. Jahrhunderts hervorgebracht. Darüber hinaus wurde die Globalisierung zum Vehikel für den Aufstieg Chinas und anderer nicht-westlicher Länder, die die Weltherrschaft der USA infrage stellen.« (Ebd.: 12)

Seit dem Finanzcrash von 2008/09 betonen führende Politiker\*innen, dass »die Welt aus den Fugen« bzw. in »Unordnung« (Masala 2018) geraten sei. Das bezieht sich nicht allein auf die Vielfalt der Krisen und Katastrophen, sondern auch auf mächtige soziale Bewegungen, Bürgerkriege, Aufstände, Klimakatastrophen (Überschwemmungen, Brände, Unwetter), aber auch auf Massenproteste, die zum Sturz des alten Regimes führen, aber dann gewaltsam unterdrückt werden.<sup>3</sup> In Lateinamerika haben sich erneut Massentimmungen zugunsten von Präsidentschaftskandidaten gedreht, die sich zur Linken bekennen: Marxisten-Leninisten, ehemaligen Guerillakämpfer und andere (militante) revolutionäre Kräfte. Überall steht dabei der Kampf gegen Massenelend, gegen die Folgen der neoliberalen Privatisierungspolitik, gegen die gewaltsame Unterdrückung der indigenen Bevölkerung und gegen die Zerstörung der Natur im Mittelpunkt. Die Demokratie muss gegen die Macht von Oligarchen und die Sicherheitsapparate des Staates er-

---

<sup>3</sup> Zu den weltweiten Protestbewegungen nach der Finanzkrise 2008/09 vgl. u.a.: Paul Mason: *Why it's Kicking Off Everywhere*, London/New York 2013; Wolfgang Kraushaar: *Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*, Hamburg 2012; Peter Birke/Max Henninger (Hrsg.), *Krisenproteste*, Berlin/Hamburg 2012; Manuel Castells: *Networks of Outrage and Hope*, Cambridge 2012.

rungen werden. Dennoch bleibt diese Linkswende extrem widersprüchlich, wie gerade die Ablehnung des progressiven Verfassungsentwurfes in Chile gezeigt hat. (Vgl. Boris 2022) Die Massenstimmungen (von unten) tendieren nach links (oder zur extremen Rechten). Die realen Kräfteverhältnisse – in Gesellschaft, Politik (im Parlament, in den Medien) und Wirtschaft – werden nach wie vor von der politischen Rechten beherrscht. An dieser Konfliktlinie werden sich allerdings neue Kämpfe entwickeln!

Sri Lanka z.B. wird durch eine tiefe sozialökonomische und politische Krise erschüttert: Armut und Arbeitslosigkeit sind stark angestiegen; die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist unterbrochen. Hunger breitet sich aus; die Stromversorgung ist zusammengebrochen. Die Wut der Volksmassen explodiert. Der korrupte Präsident flieht außer Landes. Die Massen stürmen den Präsidentenpalast. Der »Mob« – so sieht es die rechte Presse – badet im Pool des Präsidenten. Merkmal dieser tiefen Krise ist aber auch: Es gibt offenbar keine organisierten politischen Kräfte, die bereit und in der Lage wären, in einer solchen Situation des Zusammenbruchs des »Ancien Regimes« die »Machtfrage« zu stellen und den Kampf um die Übernahme der Staatsmacht zu eröffnen. Im 20. Jahrhundert waren es die auf Lenins »Staat und Revolution« sich beziehenden, kommunistischen »Avantgardeparteien«, die sich auf diesen Kampf vorbereiteten.<sup>4</sup>

Auch die Anzahl und Breite von Streikbewegungen hat weltweit zugenommen. (Vgl. Nowak/Dutta/Birke 2018) Im Jahr 2023 werden u. a. Großbritannien, Frankreich, Portugal und Griechenland von Streikwellen überzogen, in denen es nicht nur um höhere Löhne, sondern auch um die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge, des Bildungswesens und des Sozialstaates im Bereich der Alterssicherung geht. »Riot« (= Aufstand) scheint vielen die charakteristische Form des sozialen Protestes und des Widerstandes gegen die Zumutungen der herrschenden Ordnung und die sich ausbreitende Armut in den reichen Gesellschaften des Westens zu sein, die vor allem von Angehörigen des globalen Prekariats getragen wird. Joshua Clover vertritt z. B. diese These. (Vgl. Clover 2019) Er bezieht sich dabei auf späte Arbeiten des berühmten englischen Sozialhistorikers E.P. Thompson (»Making of the

---

<sup>4</sup> Eric Hobsbawm (Zeitalter der Extreme, München 1998: 193) vertritt die These, dass »die Macht der weltevolutionären Bewegungen (nach 1917) [...] auf der kommunistischen Organisationsform nach Lenins »neuem Parteityps«, einer gewaltigen Innovation für die Gesellschaftskonstruktion des 20. Jahrhunderts, beruhte, vergleichbar nur mit der Begründung der christlichen Klösterkultur und anderer Orden des Mittelalters. Selbst kleine Organisationen konnten dadurch unverhältnismäßig starke Wirkungskraft entfalten, denn mehr noch als militärische Disziplin und Zusammenhalt gelang es der »Partei«, von ihren Mitgliedern ein außerordentliches Maß an Hingabe und Selbstaufopferung und die vollständige Konzentration auf die unbedingte Ausführung aller Parteibeschlüsse einzufordern«.

English Working Class«), der unter dem Titel »Die moralische Ökonomie und die englische Crowd (= Menge) im 18. Jahrhundert« (1971) zeigen konnte, dass sich Widerstandsaktionen, Riots, der Unterschichten gegen Preissteigerungen – vor allem beim Brot und auch beim Bier – richteten. Gegenwärtig erleben wir den Übergang in eine Krisenperiode, in der, auch als Folge von Pandemie und Ukrainekrieg, die Inflation anzieht und neben den Mieten und den Energiepreisen vor allem Güter des alltäglichen Bedarfs betroffen sind. Dagegen wird es Proteste und Widerstandsaktionen im Stile von Riots geben. Die Aktionen der »Gelbwesten« haben das in Frankreich vor einigen Jahren schon angedeutet. Die Historiker der großen Revolutionen der Neuzeit haben darauf aufmerksam gemacht, dass in sogenannten vorrevolutionären Perioden, in denen Verzweiflung und Wut aufseiten der subalternen Klassen zunehmen, aber der Herrschaftsapparat des Ancien Regimes noch relativ stabil ist, solche Formen des Widerstandes durchaus die charakteristischen Formen des Klassenkampfes bilden.<sup>5</sup>

### 2.

Die Motivation, in den Jahren 2020/2021 ein Buch über Sozialismus zu schreiben, speiste sich aus durchaus verschiedenen Quellen:

Im abschließenden vierten Band meines »Politischen Denkens im 20. Jahrhundert« (2010) wurde – auf dem »Trümmerhaufen als Aussichtsturm«<sup>6</sup> – nach der Rolle des »Sozialismus im 21. Jahrhundert« gefragt (Deppe 2016). Die damals eher zurückhaltende Diagnose und Prognose bezog sich auf

---

<sup>5</sup> Im Jahresrückblick der Süddeutschen Zeitung vom 28./29. Dezember 2019 wurde unter der Titel »Die Welt im Aufruhr« diese Zeitdiagnose bestätigt: »Es gab in diesem Jahr besonders viele Demonstrationen in der ganzen Welt [...] gegen soziale Ungleichheit und die Macht korrupte Eliten, die Angst ums eigene Überleben treibt viele Menschen auf die Straßen [...] Explosiv wird es, wenn soziale Ungerechtigkeit herrscht, durch Machtverhältnisse zementiert, die großen Teilen der Bevölkerung keine Chance zum wirtschaftlichen Aufstieg lassen. Wenn die Menschen der Hoffnung beraubt sind, dass ihre Kinder es einmal besser haben [...]«. Unter den Zentren des Aufruhrs dominieren Orte des Südens. Allerdings wird mit dem Hinweis auf Paris auch die Bewegung der »gelben Westen« erwähnt! Derzeit wird in den meisten Staaten der westlichen Welt befürchtet, dass im Ausgang der Corona-Wellen die Angst vor sozialem Abstieg (infolge von Inflation und Rezession), die Wut über Staatsversagen und die politische Klasse dieses explosive Klima weiter anfachen könnte. Diese Formen des Aufruhrs signalisieren die Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen, nicht eine Massenstimmung zugunsten sozialistischer Politik. Diese ist oftmals offen für rechten, nationalistischen oder völkischen Populismus. Gleichwohl markieren sie das Terrain, auf dem die Rekonstruktion sozialistischer Politik sich vollziehen muss.

<sup>6</sup> Das bezieht sich auf die tiefe Krise der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts. Es war der Titel eines Buches, den mir Genoss\*innen zum 50. Geburtstag im Jahre 1991 gewidmet hatten.

die objektiven Krisenpotenziale des Kapitalismus sowie auf die Ansätze einer globalisierungskritischen Bewegung (Seattle/Porto Alegre). Ich schloss mich dabei weitgehend der Diagnose an, die der englische Sozialist Ralph Miliband in seinem letzten Buch unter dem Titel »Sozialismus für ein skeptisches Zeitalter« im Jahre 1994 vertreten hatte. (Miliband 1994) Im frühen 21. Jahrhundert hingegen stehen die neuen Ansätze einer Sozialismusdebatte im Zusammenhang mit den tiefen Widersprüchen und Katastrophen, die der globale Finanzmarktkapitalismus im Ergebnis seiner außergewöhnlichen Expansionsphase reproduziert. Ich betrachte dieses Phänomen als »reflexive Globalisierung«<sup>7</sup> (Deppe 2016).

Die Analyse der reflexiven Globalisierung bildet den Ausgangspunkt (die materielle Basis) für die Analyse der Krise der neoliberalen Hegemonie und des Übergangs in eine lange Welle der Stagnation und Depression im American Empire. Dieses war in der Zeit der Systemkonkurrenz nach dem Zweiten Weltkrieg mit der politisch-militärischen und ökonomischen Vormachtstellung der USA in den westlichen Bündnissen verbunden (»Golden Age of Capitalism«). Nicht nur über die NATO und die strategischen Atomwaffen wurde diese Vormacht ausgeübt, sondern auch durch die Stellung des US-Dollar, durch die Politik der US-amerikanischen Notenbank Fed, durch die zentrale Position der Wall Street für die internationalen Kapitalbewegungen sowie durch die Regeln, denen internationale Organisationen wie der IWF, die Weltbank und die OEEC folgen mussten. Schließlich war es auch die Attraktivität des American Way of Life (Hollywood, Pop Music etc.), die der US-Hegemonie eingeschrieben war. Nach dem Ende der Systemkonkurrenz und der Auflösung des »sozialistischen Lagers« um die Sowjetunion haben sich bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts die für den Kapitalismus charakteristischen sozialen Beziehungen »über die gesamte Erdoberfläche« ausgebreitet. Leo Panitch und Sam Gindin fassen die Ergebnisse ihrer Studien zum »Making of Global Capitalism« in folgendem Satz zusammen: »Das neue Imperium beruht auf der großen wirtschaftlichen Stärke des US-Kapitalismus

---

<sup>7</sup> »Reflexive Globalisierung« soll heißen, »dass die inneren Widersprüche dieser Expansion mehr und mehr auf die Metropolen des Kapitals selbst, von denen diese Prozesse ausgehen, zurückwirken. Die Folge der Kriege, die der Westen seit 1991 geführt hat, gehören dazu ebenso wie die Folgen des Wachstums der industriellen Zivilisation, das für die Naturzerstörung sowie für den Klimawandel, aber auch für das Elend in der Welt mit verantwortlich ist. Die Zunahme der Flüchtlings- und Migrationsbewegungen in der Welt wirken ebenso auf die Metropolen zurück wie die Krisenpotenziale auf den globalen Finanzmärkten und die Bemühungen zahlreicher Regierungen um die Aufrüstung und Modernisierung ihrer Armeen. Auf diese Weise wollen sie ihre Machtposition im verschärften internationalen Wettbewerb verbessern. Militärische Drohpotenziale sollen nationale Interessen bei internationalen wie bilateralen Konflikten unterstützen.«, aus: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, unter [www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de).

und konzentriert sich auf die Kapazitäten des amerikanischen Staates, um den globalen Kapitalismus Wirklichkeit werden zu lassen.« (Panitch/Gindin 2012: 331) Nach Joseph Nye hat sich »seit Rom keine Nation mehr so stark über die anderen erhoben«, dem *Economist* zufolge »stehen die USA wie ein Koloss über dem Globus. Sie beherrschen Wirtschaft, Handel und Werbekommunikation; ihre Wirtschaft ist die erfolgreichste der Welt, ihr Militär ist unübertroffen« (Nye 2002: 1) und laut Wikipedia »unterhielten die Vereinigten Staaten nach eigenen Angaben im Jahr 2008 761 militärische Einrichtungen aller Teilstreitkräfte (Army, Air Force, Navy, Marine Corps) im Ausland. Experten schätzten im Jahr 2004 die Gesamtzahl der Stützpunkte, auf die die USA jederzeit zurückgreifen können, auf ungefähr 1.000.« Dieses Empire wird sowohl durch den Aufstieg neuer »contender states« (= Herausfordererstaaten) im Weltsystem, an der Spitze steht die VR China, als auch durch innere Krisen und Katastrophen herausgefordert. Dazu häufen sich die militärischen Fehlschläge (Irak, Libyen, Afghanistan), über die die USA ihre Rolle als Weltpolizist ausüben wollten.

Offensichtlich befinden wir uns im Übergang in eine Schwellenzeit bzw. in eine Periode der Autoritätskrise, die Gramsci in den 30er-Jahren als »Interregnum« bezeichnet hatte: »Die herrschende Klasse hat den Konsens verloren«, sie ist »nicht mehr »führend«, sondern einzig »herrschend«, die »großen Massen haben sich von den traditionellen Ideologien entfernt [...] Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.« (Gramsci 1991: 354f.)

Die »neue Welle« des Sozialismus<sup>8</sup> manifestiert sich im Jahrzehnt nach 2008 auf der politischen Ebene auch über die relativen Wahlerfolge von lin-

---

<sup>8</sup> Unter der Überschrift »Millennial Socialism« (»Sozialismus im neuen Jahrtausend«) stellte die führende Wirtschaftszeitung der westlichen Welt »The Economist« vom 14.2.2019 eine Renaissance des Sozialismus in den Zentren des alten Kapitalismus fest. »Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 schien es, als ob die große ideologische Schlacht des 20. Jahrhunderts zu Ende sei. Der Kapitalismus hatte gewonnen – Sozialismus wurde zum Synonym für wirtschaftliches Scheitern und politische Unterdrückung. Er dümpelte weiter in randständigen Versammlungen, in gescheiterten Staaten und mit der prallen Liturgie der chinesischen Kommunistischen Partei. Heute, 30 Jahre danach, ist der Sozialismus wieder in Mode gekommen. In den USA ist Alexandria Octavio-Cortez – ein gerade gewähltes Mitglied des Kongresses, die sich als demokratische Sozialistin bezeichnet – zu einer Sensation geworden – genauso wie sich das Feld der Kandidaten der Demokraten für die Präsidentenwahl im Jahre 2020 nach links gedreht hat. In Großbritannien könnte Jeremy Corbyn, der als Hardliner die Labour Party führt, die Schlüssel für Downing Street Nr. 10 gewinnen. Der Sozialismus stürmt zurück, weil er eine scharfsinnige Kritik an dem formuliert, was in den westlichen Gesellschaftern schief gelaufen ist. Während Politiker von der Rechten oftmals die Schlacht um die Ideen



ken Parteien und Politiker\*innen: Syriza mit Alexis Tsipras in Griechenland, Pablo Iglesias mit Podemos in Spanien, Bernie Sanders bei den Vorwahlen der Demokraten in den USA, Jeremy Corbyn mit der Labour Party in Großbritannien (vgl. Panitch/Gindin 2018; vgl. Panitch/Leys 2020) sowie zuletzt Jean-Luc Mélenchon in Frankreich. Die sozialistischen Programme dieser Politiker (vgl. McNicol 2017; Sanders 2017) stießen zeitweilig auf breite Zustimmung – vor allem bei jüngeren Menschen. In Deutschland erzeugte die Gründung der Partei »Die Linke« im Jahre 2007 – mit Gregor Gysi (PDS) und Oskar Lafontaine (WASG, Ex-SPD) die Hoffnung, dass sich links von der SPD eine sozialistische Partei mit ca. 10% der Wähler\*innen-Stimmen etablieren könnte. Diese Ansätze waren jedoch nicht erfolgreich im Sinne der Erringung von Mehrheiten oder der politischen Macht.<sup>9</sup> Die Linke in diesen Ländern muss heute von den Gründen der Niederlagen lernen. In Lateinamerika vollzieht sich seit einigen Jahren bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eine deutliche Verschiebung nach links. Kandidat\*innen, die sich als Sozialist\*innen oder als Marxist\*innen bezeichnen, werden gewählt, stoßen aber bei der Durchsetzung ihres Programmes auf massive Widerstände.

Um die Spezifik dieses Aufschwungs im »Interregnum«, in dem sich Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen auf der nationalen wie der internationalen Ebene im Ergebnis von Kämpfen, auch von Kriegen, neu formieren, angemessen zu begreifen, muss die tiefe Krise der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung (also der Massenorganisationen der Parteien und Gewerkschaften) als Voraussetzung zur Kenntnis genommen werden. Das heißt: die Krisenprozesse in der Welt des globalen Finanzmarktkapitalismus treffen in den alten Zentren des Kapitalismus im Westen auf eine – auch im historischen Vergleich – besonders schwache bzw. demobilisierte gesellschaftliche und politische Linke. Zu Beginn der 90er-Jahre markierte die Auflösung der italienischen KP, der größten kommunistischen Partei in Westeuropa (vgl. Magri 2015; vgl. Valentini 2022), zugleich den Abschluss einer langen geschichtlichen Periode, in der das Zusammenwirken von in-

---

aufgegeben haben und sich auf Chauvinismus und Nostalgie zurückziehen, konzentriert sich die Linke auf soziale Ungleichheit, die Umwelt und darauf, wie die Macht für die Bürger von den Eliten zurückgewonnen werden kann. Obwohl die wieder geborene Linke einige Dinge richtig angeht, geht allerdings ihr Pessimismus hinsichtlich der modernen Welt zu weit. Ihre Politik leidet unter der Naivität gegenüber Staatshaushalten, Bürokratien und der Geschäftswelt.«

<sup>9</sup> Corbyn verliert die Unterhauswahlen 2019. Labour rückt nach rechts. Alexis Tsipras verliert mit Syriza 2019 »krachend« die Wahl an die Konservativen. Podemos gehört inzwischen der Regierung von Pedro Sánchez (PSOE) an – in einer Koalition von Sozialisten und Kommunisten. in der Regierung mit Sozialisten und Kommunisten in Spanien. Der Vorsitzende Pablo Iglesias hat sich 2021 aus der Regierung und der Politik zurückgezogen.

dustriellem Proletariat und den politischen Parteien der Linken als die bestimmende Form des Klassenkampfes mit sozialistischer Perspektive anerkannt war. (Vgl. Deppe 2022)

Schließlich kann die Sozialismusdebatte des 21. Jahrhunderts der »chinesischen Frage nicht ausweichen« (Brie 2022). Der Aufstieg des Landes zur wirtschaftlichen und politischen Weltmacht in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts kontrastiert den Niedergang und den Zerfall der Sowjetunion im gleichen Zeitraum. Die Außenpolitik stützt sich auf die Kooperation mit den entwickelten kapitalistischen Staaten des Westens (durch die Öffnung zum Weltmarkt sowie durch die Mitgliedschaft im IWF), aber auch mit den Ländern des Südens, denen Handelsbeziehungen – verbunden mit Entwicklungsprojekten z.B. im Bereich der Infrastruktur – angeboten werden. Die USA haben inzwischen die VR China zum Hauptgegner im Kampf um die Führung und Gestaltung der Weltordnung erklärt (»world leadership«: »democracy versus autocracy«). Die Volksrepublik bezeichnet sich nach wie vor als sozialistisches Land. Aufgabe der regierenden KP soll es sein, die Entwicklung zum Sozialismus anzuführen.<sup>10</sup> Mit Blick auf die Erfolge und Widersprüche der Reformpolitik (insbesondere der gravierenden sozialen Spaltungen) wird inzwischen in der Sozialismusdebatte in China von der Notwendigkeit gesprochen, dass nach dem »Sozialismus 1.0« (Ära Mao Zedong) und dem »Sozialismus 2.0« (Sozialistische Marktwirtschaft seit den Deng-Xiao-Ping-Reformen) »im zukünftigen China ein Sozialismus 3.0 entwickelt werden muss, der auf der Weiterführung und Aufhebung des Sozialismus 1.0 und des Sozialismus 2.0 basiert« – so die Redaktion der Beijing Cultural Review im Jahre 2015. (Vgl. Ping/Turowski 2021: 39)

### 3.

Die Sozialismusdebatten des frühen 21. Jahrhunderts reflektieren den Übergang in eine neue Entwicklungsetappe des Finanzmarktkapitalismus, der sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts über die Expansion der Transnationalen Konzerne (Globalisierung), die Dominanz des Finanzsektors (»Dollar-Wall-Street-Regime«, Peter Gowan) sowie durch die Ideologie und Politik des Neoliberalismus (Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Austeritätspolitik) durchgesetzt hatte. Die Anfänge der digitalen Revolution trieben diese Expansion zusätzlich an. Der Niedergang und

---

<sup>10</sup> In der Präambel zur Verfassung des Landes aus dem Jahre 1982 heißt es u.a.: »Nach der Gründung der Volksrepublik China (1949, F.D.) wurde Schritt für Schritt der Übergang der chinesischen Gesellschaft von der neudemokratischen zur sozialistischen Gesellschaft vollzogen. Die sozialistische Umgestaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist abgeschlossen, das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist abgeschafft, und das sozialistische System ist etabliert worden.«

Zusammenbruch der Staaten und Systeme des »realen Sozialismus« beflügelte den Aufschwung dieser Formation, der allerdings auch durch die Öffnung der VR China zum Weltmarkt nach 1978 getragen wurde. Er löste allerdings nicht die strukturellen Probleme der Überakkumulation, die in den 70er-Jahren zum Ende des Golden Age der Nachkriegszeit führte, sondern bereitete neue Krisen sowie Prozesse der ungleichen Entwicklung vor. (Vgl. Streeck 2013)

Mit dem Begriff der »Vielfachkrise« wurde nach dem Finanzcrash von 2008/09 (vgl. Konings 2010; vgl. Tooze 2018; 2021) a) die Permanenz des Krisenmodus, b) dessen Tendenz, mehr und mehr Katastrophen zu erzeugen sowie c) die Hilflosigkeit der kapitalistischen Staaten und ihrer Regierungen, sich vom Zwang der permanenten Antikrisenpolitik zu befreien, bezeichnet. Die »multiple Krise« zeichnet sich dadurch aus, dass die verschiedenen Krisendimensionen – die wirtschaftlichen und finanziellen, vor allem aber auch sozialen sowie die ökologischen und die mit dem Klimawandel verbundenen Katastrophentendenzen – ineinandergreifen und sich wechselseitig verstärken. Dabei tritt die Hilflosigkeit der öffentlich-staatlichen Institutionen als Teil der politischen Krisen immer deutlicher zutage. Der Finanzkrise von 2008/09 folgte die sogenannte Eurokrise (2010/2011), in der massiv angeschlagene Banken und hoch verschuldete Staaten »gerettet« werden mussten. Die »Flüchtlingskrise« des Jahres 2015 offenbarte nicht nur die Folgen der ungleichen Entwicklung zwischen Zentren und Peripherie, sondern zugleich die Folgen der Kriege der USA und ihrer Verbündeten im Nahen Osten sowie in Nordafrika. Die Migrationsbewegungen werden aber auch immer mehr durch die Wirkungen der Klimakrise angefacht. Seit 2019 wütet weltweit die Corona-Pandemie, mit hohen Totenzahlen und schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns (z.B. in China). Mit dem Krieg in der Ukraine vollzieht sich eine »Zeitenwende«, die den Regierungen im American Empire den Primat der Sicherheitspolitik, der Aufrüstung und eines neuen Kalten Krieges vorgibt.

Zugleich offenbaren sich die Defizite eines öffentlichen Gesundheitssystems, das durch die Privatisierungs- und Austeritätspolitik der – dem Neoliberalismus verpflichteten – Regierungen gravierend geschwächt wurde. Schließlich verdichten sich die Krisenprozesse seit 2021/22 mit dem Ansteigen der Inflation und mit dem Krieg in der Ukraine seit dem Frühjahr 2022. Nach Klaus Dörre ist »mit der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise der Gegenwart [...] ein [...] Umschlagpunkt erreicht. Diese Krise signalisiert das vorläufige Ende einer Phase »intensivierter Globalisierung« (Giddens 1995), die bis zur Jahrtausendwende eines der erfolgreichsten Wachstumsprojekte in der Geschichte des globalen Kapitalismus war (Maddison 2006: 125).« (Dörre 2019: 15) Im reichen Norden wandelte sich danach der »Zeitgeist«: »Der Op-

timismus der wilden 90er-Jahre wurde weggeblasen. Ein langfristig orientierter Katastrophismus im sozialen und wissenschaftlichen Denken war seit 2003 in zahlreichen Texten bestimmend.« (Urry 2016: 35)

### 4.

In diesen Krisenprozessen entwickeln sich Felder gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen, in denen – in letzter Instanz – um Alternativen zwischen gesellschaftlichen und/oder privaten, d.h. kapitalkonformen Lösungen gerungen wird. Diese dienen entweder den Interessen der herrschenden Klasse an der Sicherung des Systems der Profitproduktion und -aneignung oder den Interessen der breiten Masse der Lohnabhängigen der Unter- und Mittelklassen an sicheren und angemessenen Arbeits- und Lebensbedingungen. Solche Lösungen reflektieren dann jeweils auch das – historisch je konkrete – Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, um dessen Veränderung die jeweiligen politischen Akteure kämpfen.

Die ökonomischen Krisenprozesse seit 2008/09 (mit der Folge von Wachstumseinbrüchen, Unternehmenszusammenbrüchen und steigender Arbeitslosigkeit) haben zu einer enormen Ausweitung des wirtschafts- und sozialpolitischen Staatsinterventionismus geführt. Der Nationalstaat, dessen Niedergang noch Ende des 20. Jahrhunderts vom liberalen sowie dem anarchistisch-linksradikalen Globalisierungsdiskurs gefeiert wurde, hat als Krisenmanager an Bedeutung gewonnen. Dabei werden Dogmen des Neoliberalismus – wie z.B. die Austeritätspolitik – massiv infrage gestellt. Der Staat muss Banken retten, angeschlagene Unternehmen übernehmen oder massiv in den Arbeitsmarkt eingreifen, um Massenarbeitslosigkeit zu begrenzen. Gleichzeitig bestimmt die ungleiche Entwicklung der politischen und militärischen Macht der Nationalstaaten – vor allem der Großmächte – die Grundstruktur des Systems der internationalen Beziehungen. Das Ansteigen der Militärausgaben hat gleichzeitig die Staatsschulden erhöht und die Auseinandersetzungen um die Verteilung der Staatsausgaben zwischen sicherheitspolitischen und sozialpolitischen Schwerpunkten verschärft.

Der Staat bzw. die Institutionen der parlamentarischen Demokratie werden also zum Kampffeld, auf dem über die Inhalte und den finanziellen Umfang dieser Interventionen gestritten wird. Im Vordergrund stehen die Notwendigkeit einer umwelt- und klimapolitischen Wende in den Bereichen der Verkehrs- und Energiepolitik sowie die Bewältigung der Anforderungen und Folgen der digitalen Revolution. Die sozialistischen Kräfte (in Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen) werden dabei die Regulierung der Finanzmärkte, die Ausweitung öffentlichen Eigentums – vor allem im Bereich der Infrastruktur, die sozialstaatlichen Sicherungen, Arbeitszeitverkürzungen im Bereich der industriellen Produktion, eine aktive Beschäf-

tigungspolitik und die Ausweitung von Wirtschaftsdemokratie ins Zentrum stellen. Dabei stoßen sie auf den erbitterten Widerstand der kapitalorientierten gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die gleichwohl für einen »grünen Kapitalismus« eintreten.

Die massiven Staatsinterventionen, die zur Rettung des Kapitalismus notwendig werden, erzeugen gleichzeitig neue Widersprüche – steigende Staatsverschuldung, die sich in einigen Ländern an der Grenze des Staatsbankrotts bewegt, sowie neuerdings die Tendenz zur Inflation, die vor allem die Gruppen der unteren Einkommensbezieher trifft. Gleichzeitig haben sich – als Reaktion auf die »multiplen Krisen« und das »Staatsversagen« – im politischen Feld rechtspopulistische, nationalistische und rassistische Kräfte etabliert, die die Globalisierung und den multikulturellen Liberalismus der Eliten für die Krisen der Gegenwart verantwortlich machen und den Nationalstaat gegen Migration und kulturelle Überfremdung schützen wollen. Damit ist ein weiteres Feld des ideologischen Kampfes um die Menschenrechte markiert, dem sich die sozialistischen Kräfte stellen müssen.

Alle Zeitdiagnosen gehen von einer sich zuspitzenden Zivilisationskrise als Folge der Umwelt- und Klimakrise aus. (Vgl. Rahmtorf/Schellnhuber 2019) Diese wiederum ist mit dem Wachstum einer Produktions- und Lebensweise und eines Gesellschaftstypus verbunden, die auf der kostenlosen bzw. billigen Nutzung von Naturressourcen (vor allem aber fossiler Energieträger wie Kohle und Erdöl) beruht. Der Anstieg der Treibhausgaskonzentration sowie der Anstieg der Temperatur auf Kontinenten und Meeren nähern sich einem »Kippunkt«, von dem aus politische Gegenmaßnahmen den Übergang in Katastrophen nicht mehr aufhalten können. Dabei stoßen gegensätzliche Interessen zwischen den reichen Industrienationen des Westens und den armen Ländern der südlichen Peripherie aufeinander. Die Folgen der Klimakrise durchdringen schon jetzt die Politik der »reichen« Nationalstaaten des Nordens, die ihre Politik zur Bewältigung der sozialökonomischen Krisen in ein Programm des sozial-ökologischen Umbaus einbeziehen müssen und zugleich auf den Druck der Migrationsbewegungen aus den von Klimakatastrophen und Massenarmut betroffenen Regionen der Weltgesellschaft reagieren müssen.

Die »Nachhaltigkeitsrevolution«, die Klaus Dörre in seiner Schrift über die »Utopie des Sozialismus« genauer analysiert hat, stellt einerseits die kapitalistische Wachstums- und Akkumulationslogik infrage (»degrowth« = Postwachstum) und aktiviert andererseits den Staatsinterventionismus, der – auch im Blick auf die Überlebensfähigkeit des kapitalistischen Systems – schon jetzt auf die Folgen einer Umstellung der Energiepolitik und der Mobilitätssysteme ausgeweitet und inhaltlich neu bestimmt werden muss. Dabei ist der Druck von sozialen Bewegungen, die sich – mit Blick auf die

Klimakrise – für einen »system change« einsetzen, der in die Logik der Kapitalakkumulation und der Konkurrenz auf freien Märkten eingreift, besonders wichtig. »Die Überwindung der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise schreitet förmlich nach nachhaltig sozialistischen Auswegen.« (Dörre 2021: 89) Diese werden im 21. Jahrhundert in der Programmatik und Politik sozialistischer Kräfte eine zentrale Rolle zu spielen haben.

Im Zuge der multiplen Krise und der Ausweitung staatlicher Rettungsaktionen nimmt das Bewusstsein von der Bedeutung a) eines stabilen öffentlichen Wirtschaftssektors (vor allem im Bereich der Energieversorgung und der Mobilität) und b) einer funktionierenden Infrastruktur (Verkehr, Kommunikation, Wohnen, Kultur, Gesundheit) zu. Wolfgang Streeck spricht im Vorwort zu einem Plädoyer des britischen »Foundational Economy Collective« davon, dass eine »kommunale Fundamentalökonomie als Grundlage und Ausgangspunkt einer neosozialistischen Programmatik fungieren (könnte), die wieder an reale Produktions- und Reproduktionsprozesse anschließt, nachdem man diese so lange den neoliberalen Markt fetischisten überlassen hat«. (Streeck 2019: 19) Durch die Corona-Pandemie wurden die Defizite im Bereich des Gesundheitssystems aufgedeckt und verstärkt. Das Ansteigen der Mieten in den Großstädten als Folge der Transformation des Immobiliensektors als Anlagesphäre spekulativen Kapitals hat Bewegungen gestärkt, die die Forderung nach a) der Enteignung privater Wohnungskonzerne und b) nach einer Ausweitung öffentlicher und kommunaler Wohnungspolitik erheben.

Die Dominanz des Finanzmarktkapitalismus und der Siegeszug der neoliberalen Politik haben die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem immanente Tendenz zur sozialen Ungleichheit zwischen den produzierenden und den aneignenden Klassen verstärkt. Die Fesseln, die dem Kapital nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Sozialstaat, durch linke Regierungen und starke Gewerkschaften im Ergebnis langer Kämpfe auferlegt waren, wurden gelockert bzw. gesprengt. Der Zusammenbruch des »realen Sozialismus« (1989–1991) hat diese Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Bourgeoisie und des kapitalistischen Staates noch verstärkt. Der Abstand zwischen den Vermögen und Einkommen der oberen ein bzw. zehn Prozent der Bevölkerung und den unteren und mittleren Einkommensklassen hat sich kontinuierlich erweitert. (Vgl. Atkinson 2015; Piketty 2014; Butterwegge 2020) Diese Spaltung geht mit der Herausbildung und Verfestigung einer neuen Unterschicht des Prekariats einher. Sie erzeugt neue Formen sozialer Krisen (Kriminalität, Drogenkonsum, psychische Erkrankungen), treibt die Migration aus den Elendsbezirken in die reichen Zentren an, fördert dort in den Großstädten die Gettobildung und entlädt sich gelegentlich in Riots, in denen die zerstörerische Wut der Marginalisierten zum Ausdruck kommt.

Sozialistische Politiker kritisieren die soziale Polarisierung zwischen einer reichen Minderheit und der Mehrheit der Bevölkerung. Sie fordern eine Politik der Umverteilung von oben nach unten (»re-distribution«) – vor allem durch eine Steuerpolitik, die die Einkommen und Vermögen der oberen Klassen, aber auch die Gewinne der Transnationalen Konzerne – vor allem im Finanzsektor – stärker besteuert. (Vgl. Piketty 2020: 627ff.) Im globalen Rahmen spielt die Polarisierung zwischen den reichen Regionen der Weltgesellschaft im Westen, den Aufsteigerstaaten in Asien (VR China u.a.) sowie den armen Regionen an der Peripherie eine zunehmend wichtige Rolle für die Auseinandersetzungen in den internationalen Institutionen sowie beim Kampf um die Neuordnung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse im Weltmaßstab zulasten des American Empire.

Soziale Ungleichheit wirkt stets als Basis der asymmetrischen gesellschaftlichen und politischen Machtverteilung in Systemen der repräsentativen Demokratie. Die Formation des globalen Finanzmarktkapitalismus hat die Institutionen der nationalen Demokratien entwertet und die Macht der nationalen Regierungen, den Anforderungen der globalen Finanzmärkte unterworfen. Die Ideologen der neuen Ordnung fordern eine »marktkonforme Demokratie« (Fisahn 2022). Im Zentrum dieses »neuen Konstitutionalismus« (Stephen Gill) steht das American Empire, in dem »von oben« die Macht des Finanzkapitals auf die Politik des Präsidenten und die beiden Parteien im Kongress enorm zugenommen hat. Auf dieser Ebene vollzieht sich eine vielfach kritisierte »Refeudalisierung« der Politik. Gleichzeitig wird das System der demokratischen Beteiligung »von unten« (Wahlbeteiligung, politisches Engagement) eingeschränkt. Sinkende Wahlbeteiligung signalisiert eine Krise der repräsentativen Demokratie, die von rechts durch Führerkultur, Rassismus und Nationalismus von rechtspopulistischen und neofaschistischen Bewegungen verstärkt wird. (Vgl. Gorski/Perry 2022; Brinkbäumer/Lamby 2020: 345ff.)

Sozialistische Politik wird sich zunächst dem Abbau sozialer Demokratie, aber auch dem »autoritären Etatismus« – i.e. der Abbau demokratischer Grundrechte durch den Staat – sowie allen Formen eines neuen »Bonapartismus« entgegenstellen. Zugleich muss sozialistische Politik ihre Kraft aus den Kämpfen der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen sowie um die Erweiterung von Machtpositionen in Betrieben und Unternehmen (Wirtschaftsdemokratie) gewinnen. Sie wird genossenschaftliche Projekte sowie soziale Bewegungen unterstützen, die sich für demokratische Beteiligung sowie für die Selbstverwaltung von Institutionen im Bereich der Kultur, der Wissenschaft, der Politik – auch in den eigenen Organisationen – einsetzen. Sie ist aber auch gefordert, sich mit der von der US-Regierung proklamierten – inzwischen von den meisten westlichen

Verbündeten übernommen – Aufteilung der Welt zwischen demokratischen und autokratischen Regimen (damit werden vor allem die VR China sowie Russland bezeichnet) auseinanderzusetzen.<sup>11</sup> Nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine soll auf diese Weise die Frontlinie einer weltweiten Auseinandersetzung errichtet werden, die – nach dem Vorbild des Kalten Krieges im Zeitalter der Systemauseinandersetzung<sup>12</sup> – die oppositionellen Kräfte im eigenen Lande ausgrenzt bzw. unter Druck setzt, sich dieser Logik der Konfrontation zu unterwerfen. Diese zielt jedoch in letzter Instanz auf die Festigung von Herrschaftsstrukturen (und vor allem auf die globale Vorherrschaft) im American Empire.

Die für die Geschichte des Sozialismus so zentrale Frage nach der Stellung zu Krieg und Frieden sowie zu den Machtkonflikten in der internationalen Ordnung wird im frühen 21. Jahrhundert – nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und des Kalten Krieges – neu gestellt. Die Vorherrschaft der USA und des Westens (als Teil des American Empire) wird durch neue Staaten und Staatenbündnisse herausgefordert. Gleichzeitig haben sich die militärischen und politischen Spannungen in den Konfliktregionen der Welt zugespitzt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat im Frühjahr 2022 die Konfrontation zwischen den Blöcken enorm verstärkt. Davon profitieren jene Kräfte, die sich für verstärkte Aufrüstung, für militärische Interventionen in Krisenregionen einsetzen bzw. über Waffenlieferungen an die Ukraine bereit sind, das Risiko der Ausweitung des Krieges bis zum Atom-

---

<sup>11</sup> In der Interim National Security Strategic Guidance vom März 2021 erklärt Präsident Joseph R. Biden: »Ich glaube, wir befinden uns mitten in einer historischen und grundlegenden Debatte über die zukünftige Richtung unserer Welt. Es gibt diejenigen, die argumentieren, dass Autokratie angesichts all der Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, der beste Weg nach vorne ist. Und es gibt diejenigen, die darauf bestehen, dass Demokratie unerlässlich ist, um alle Herausforderungen unserer sich verändernden Welt zu meistern. Ich glaube fest daran, dass die Demokratie der Schlüssel zu Freiheit, Wohlstand, Frieden und Würde ist.«

<sup>12</sup> Am 12. März 1947 verkündete US-Präsident Truman vor dem Kongress die neue »Doktrin« US-amerikanischer Außenpolitik, an die Joe Biden anknüpfen möchte. Darin sagte er u.a.: »Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muss fast jede Nation ihre Wahl in Bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzu oft ist es keine freie Wahl. Die erste Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus. Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen.« Mit dieser Rede begründete Truman die militärische Unterstützung der griechischen Regierung im Krieg gegen die kommunistisch geführte Widerstandsbewegung, die gegen die deutsche Besatzung und danach gegen die Wiederherstellung der Monarchie und die Einbindung des Landes in die NATO gekämpft hatte.



krieg einzugehen. Die neuen Kalten Krieger und Bellizisten feiern die Wiederkehr des wehrhaften Staates und auch die Kriegsbegeisterung, die offenbar – auf Basis der moralischen Empörung über den Krieg in der Ukraine – relevante Teile der jungen Generation erfasst hat.

Nach Göran Therborn sind »angesichts der starken Anziehungskraft von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit Epochen imperialer geopolitischer Rivalität für die Linke schwer zu ertragen. Der Frühling 2022 erinnert an den Sommer 1914, als sich ein verheerender und sinnloser Konflikt anbahnte, auf den die einzig vernünftige Antwort der Linken der ohnmächtige Aufschrei ›Stoppt den Krieg!‹ war. Heute befindet sich die europäische Linke in einer ähnlichen Situation wie Rosa Luxemburg 1914, nämlich in Isolation und Verzweiflung. Hinzu kommt die nicht zu unterschätzende Gefahr eines Atomkriegs. Die Provokationen der USA im Südchinesischen Meer erhöhen zudem die Gefahr eines US-amerikanisch-chinesischen Konflikts um Taiwan. Sollte es dazu kommen, ist wie im Ersten Weltkrieg ein ›Schlafwandeln‹ in den Krieg durch Fehleinschätzungen und unverantwortliche Eskalation nicht unwahrscheinlich. Anfang der 2000er-Jahre protestierte die junge Linke gegen die neoliberale Globalisierung, und sie hatte völlig Recht. Doch die geopolitische Welt danach ist noch düsterer und bedrohlicher geworden.« (Therborn 2023: 66f.)

Die – von einer kommunistischen Partei regierte – Volksrepublik China ist inzwischen zur Wachstumslokomotive der Weltwirtschaft aufgestiegen, die über ihre Handels- und Außenpolitik neue internationale Bündnisse schafft (BRICS-Staaten, Shanghai Cooperation Organisation, SCO). Gleichzeitig betreibt China eine gezielte Politik zur Modernisierung seiner Armee, die den neuen Herausforderungen durch die Konfrontationspolitik der USA, die im Pazifik neue militärische Bündnisse (mit Japan, Australien und Süd-Korea) aufbaut, gerecht werden soll. In den neuen Bündnissen, bei denen neue Bewerber (wie z. B. die Türkei) anknöpfen, werden neben der wirtschaftlichen Kooperation auch zunehmend Fragen der Sicherheitspolitik behandelt. Dabei ist das Bündnis mit Russland ausgebaut worden. Im Ukrainekrieg, den Russland im März 2022 entfesselt hat, haben sich die Regierungen, die diesen Organisationen angehören, zurückhaltend und neutral verhalten. Sie tragen die Sanktionen des Westens nicht mit. Dazu gehören z.B. mit China, Südafrika, Indien und Brasilien die größten und volkreichsten Staaten des Südens. Die Staaten, die diesen Bündnissen angehören, vertreten das Programm einer »multilateralen Weltordnung«.<sup>13</sup> Dieses wendet sich explizit gegen die bestehende Weltordnung, deren ökonomische Gesetze und po-

---

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Erklärung des »BRICS-Gipfels«, der im Juni 2022 in Beijing – parallel zum G-7-Treffen in Elmau - stattfand (XIV BRICS Summit Beijing Declaration, 2022-06-23).

litisch-militärischen Machtverhältnisse vom Westen, genauer von den USA beherrscht wird. Dieser Konflikt wird die folgenden Jahrzehnte beherrschen. (Vgl. Kulow 2022: 3–13)

Die sozialistischen Kräfte im Westen werden die Konfrontationslinien dieser globalen Auseinandersetzung um Weltordnung und -macht zu hinterfragen und zu überschreiten haben. Sie treten für Abrüstung, das Verbot von Atomwaffen und eine internationale Friedensordnung ein, die nicht nur die Hegemoniebestrebungen der Großmächte infrage stellt, sondern auch internationale Organisationen stärkt, die Konfliktprävention und -vermeidung effektiv betreiben können. Für Sozialisten ist eine erfolgreiche Friedenspolitik die wichtigste Voraussetzung, um die Ziele der sozialen, ökonomischen und ökologischen Transformation im eigenen Lande zu realisieren. Dabei müssen viele Fragen geklärt werden, auch solche, die mit der Bewertung des sozialökonomischen Systems und der politischen Herrschaftsordnung – sowohl in China als auch in Russland – zusammenhängen. Sozialistische Politik wird auf jeden Fall zwischen den Fronten der geopolitischen Konflikte und Kriege zwischen den alten und den neuen Großmächten stehen.

## 5.

Die Wege des Sozialismus sind nicht vorauszubestimmen. Sie werden – aufgrund der sehr unterschiedlichen Kampfbedingungen in den Staaten und Regionen dieser Welt – vielfältig sein. Sie werden jedoch immer wieder mit dem mächtigen Widerstand sowohl der alten herrschenden Eliten im eigenen Lande sowie jener Staaten zu rechnen haben, die sich dem »American Empire« zuordnen. Wie der Blick auf die zentralen Konfliktfelder, auf denen um Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen sowie zur Lösung der Krisen und der Verhinderung von Kriegen und Gewalt gerungen wird, gezeigt hat, bedarf es in diesen Auseinandersetzungen eines sehr weiten Sozialismusbegriffes. Dieser muss sich von dem Glauben an ökonomische Zusammenbruchsgesetze ebenso frei machen wie von der Fixierung auf den Kern der Industriellen Arbeiterklasse sowie auf die »revolutionäre Eroberung der Staatsmacht« und die Errichtung einer »Diktatur des Proletariats«.

Der weite Sozialismusbegriff ergibt sich aus einer erweiterten Perspektive auf Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus, die nicht allein auf ökonomischer Ausbeutung der Lohnarbeit, sondern mit vielfältigen Formen der materiellen Ausbeutung, der Diskriminierung und der politischen Unterdrückung verbunden sind. (Vgl. Fraser 2023) Die Verbindung zwischen der sozialökonomischen Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und der Bewältigung der »Nachhaltigkeitsrevolution« wird zu einem entscheidenden Prüfstein für die Erneuerung des sozialistischen Projekts. Dazu gehört in weiten Teilen der Welt auch der Kampf gegen das Fortwirken postkoloni-

aler Herrschaftsverhältnisse, die mit der Spaltung zwischen den indigenen Bevölkerungsgruppen und den weißen Eliten – vor allem in Lateinamerika – einhergeht. Die Überwindung von materiellem Elend und politischer Unterdrückung verlangt, dass neben der Klassenherrschaft auch die patriarchalischen Herrschaftsformen sowie jede rassistisch begründete Form von Diskriminierung kritisiert und überwunden werden muss.

Die Wege des Sozialismus werden durch die Krisen und Katastrophen des Kapitalismus sowie durch die Deformationen der politischen Klassenherrschaft bestimmt. Dabei entstehen einerseits Protest- und Klassenbewegungen, die auf diese Krisen reagieren. Andererseits nimmt die Kritik der herrschenden Verhältnisse durch Intellektuelle und Wissenschaftler\*innen zu. Es ist eine wichtige Aufgabe politischer Organisationen, die Klassenbewegungen »von unten« und die intellektuelle Kritik aus dem »Überbau« in einer strategischen Perspektive der Veränderung der gesellschaftlichen wie der politischen Kräfteverhältnisse sowie der Konstituierung eines »historischen Blockes« subalternen Klassenkräfte zusammenzuführen. Angesichts der gewaltigen Veränderungen und Krisen, die mit der »digitalen Revolution« auf der einen, der Umwelt- und Klimakrise auf der anderen Seite verbunden sind, hat die Bedeutung der (auch empirisch orientierten) Sozial- wie der Naturwissenschaften für die Begründung und Ausarbeitung alternativer Projekte der Gesellschaftsveränderung, der Vergesellschaftung, der demokratischen Selbstverwaltung sowie der internationalen Kooperation für die Bewältigung und den Kampf gegen die globalen Krisen (Armut, Klima, Aufrüstung und Kriege) deutlich zugenommen.

## Literatur

- Atkinson, A.B. (2015): *Inequality. What Can be Done?* Cambridge u.a.
- Nowak, J./Dutta, M./Birke, P. (2018): *Workers' Movements and Strikes in the Twenty-first Century*, London u.a.
- Bischoff, J. (2023): *Ende oder Renaissance sozialistischer Utopien?* Hamburg (im Erscheinen).
- Boris, D. (2022): »Rechazo« in Chile. Anmerkungen zum Rückschlag für die Linke durch das Referendum, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 12, S. 103–108.
- Brie, M. (2016): Eine dritte Welle des Sozialismus. Eine Skizze, in: *Sozialismus*, Heft 12, S. 56–61.
- Brie, M. (2022): *Sozialismus neu entdecken*, Hamburg.
- Brinkbäumer, K./Lamby, S. (2020): *Im Wahn. Die amerikanische Katastrophe*, München.
- Butterwegge, C. (2020): *Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*, Weinheim u.a.
- Clover, J. (2019): *Riot. Strike. Riot. The new era of uprisings*, London u.a.
- Deppe, F. (2016): Übergang ins 21. Jahrhundert, in: *Politisches Denken im 20. Jahrhundert*, Bd. 4, Hamburg, S. 305–411.
- Deppe, F. (2022): *Towards the End of Working-Class Socialism?*, in: *Due Secoli* (e

- piu) dalle Parte del Torto. Studi e Testimonianze in *Ricordo di Gian Mario Bravo (1934–2020)*, Rom, S. 97–108.
- Dörre, K. (2019): Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution, in: *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, Jena u.a..
- Dörre, K. (2021): *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*, Berlin.
- Fisahn, A. (2022): *Repressive Toleranz und marktkonforme Demokratie. Zur Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie in der Bundesrepublik*, Köln.
- Fraser, N. (2019): *What Should Socialism Mean in the Twenty-First Century?*, in: *Social Register 2020*, London, S. 282.
- Fraser, N. (2023): *Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt*, Berlin.
- Gindin, L.P. (2021): *The Making of Global Capitalism. The Political Economy of the American Empire*, London u.a.
- Gorski, P.S./Perry, S.L. (2022): *The Flag and the Cross. White Christian Nationalism and the Threat to Democracy*, Oxford.
- Gramsci, A. (1991): *Gefängnishefte. Band 2, 3*, Hamburg.
- Hermesmeier, L. (2022): *Uprising. Amerikas Neue Linke*, Stuttgart.
- Konings, M. (2010): *The Great Credit Crash*, London u.a.
- Kulow, K. (2022): *Die geopolitische Konfrontation zwischen China und dem Bündnis des Westens*, isw-report Nr. 130, S. 3–13.
- Magri, L. (2015): *Der Schneider von Ulm. Eine mögliche Geschichte der KPI*, Berlin.
- Masala, C. (2018): *Weltunordnung. Die globalen Krisen und das Versagen des Westens*, München.
- Mayer, M. (2022): *Die US-Linke und die Demokratische Partei. Über die Herausforderungen progressiver Politik in der Biden-Ära*, Berlin.
- McNicol, I./Labour, P. (2017): *For the Many, not the Few*, London.
- Miliband, R. (1994): *Socialism for a Sceptical Age*, Cambridge.
- Nye, J.S. (2002): *The Paradox of American Power. Why the World's Only Superpower Can't Go it Alone*, Oxford.
- Panitch, L./Gindin, S. (2018): *The Socialist Challenge Today. Syriza, Sanders, Corbyn*, London.
- Panitch, L./Gindin, S. (2012): *The Making of Global Capitalism*, New York.
- Panitch, L./Leys, C. (2020): *Searching for Socialism. The project of the Labour New Left from Benn to Corbyn*, London.
- Piketty, T. (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München.
- Piketty, T. (2020): *Das Kapital...*, in: *Kapital und Ideologie*, München, S. 1185ff.
- Ping, Y./Turowski, J. (2021): *Sozialismusdebatte chinesischer Prägung, Band 1*, Hamburg.
- Rahmtorf, S./Schellnhuber, H.J. (2019): *Der Klimawandel*, München.
- Sanders, B. (2017): *Unsere Revolution. Wir brauchen eine gerechte Gesellschaft*, Berlin.
- Streeck, W. (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin.
- Streeck, W. (2019): *Foundational Economy Collective. Für eine neue Infrastrukturpolitik*, Berlin.
- Therborn, G. (2023): *Die Linke im 21. Jahrhundert. Progressive Selbsterneuerung in aggressiven Weltverhältnissen. Eine Flugschrift*, Hamburg (Original: *The World and the Left. New Left Review*, 2022, S. 23–73.).

Tooze, A. (2018): Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben, München.

Tooze, A. (2021): Welt im Lockdown. Die globale Krise und ihre Folgen, München.

Urry, J. (2016): What is the Future? Cambridge.

Valentini, C. (2022): Der eigenartige Genosse Enrico Berlinguer, Bonn.

# Autor\*innen

Joachim Bischoff, Ökonom und Publizist, Mitherausgeber des Publikationsprojekts »Sozialismus.de«. Von 2008 bis 2011 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft für die Partei DIE LINKE.

Michael Brie, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Letzte Buchveröffentlichungen: »Sozialismus neu entdecken« (Hamburg 2022) und »Chinas Sozialismus neu entdecken« (Hamburg 2023).

Ulrich Brinkmann, Professor für Arbeits- und Organisationssoziologie an der Technischen Universität Darmstadt, Promotion zur »Transformation der ostdeutschen Betriebe«, Habilitation an der FSU Jena. Aktuelle Forschung u.a. zu Gewerkschaften, Digitalisierung, sozialen Bewegungen.

Frank Deppe, Professor für Politikwissenschaft im Ruhestand an der Philipps-Universität Marburg. Mitherausgeber der Zeitschriften »Sozialismus.de« und »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung« sowie Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Autor von fünf Bänden zum »Politischen Denkens im 20. Jahrhundert«. Letzte Buchveröffentlichungen: »SOZIALISMUS. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven (Hamburg 2021). »Zeitenwenden? Der ›neue‹ und der ›alte‹ Kalte Krieg. Eine Flugschrift« (in Vorbereitung, Hamburg 2023).

Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Mitherausgeber des Berliner Journals für Soziologie. Letzte Buchveröffentlichung: »Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution« (Berlin 2022).

Janis Ehling promoviert zur Klassenentwicklung linker Parteien in Europa und ist Vorstandsmitglied der Partei DIE LINKE und der Europäischen Linken. Maurice Laßhof, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Technischen Universität Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Arbeit und Organisationen, Industrielle Beziehungen, Digitalisierung, Soziale Bewegungen.

Maurice Laßhof, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Technischen Universität Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Arbeit und Organisationen, Industrielle Beziehungen, Digitalisierung, Soziale Bewegungen.

André Leisewitz, Dipl. Biol., ehemalige Mitarbeiter des IMSF, langjährig in Umweltforschung tätig, Redakteur von Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung.

Christoph Lieber, Redakteur des Publikationsprojekts »Sozialismus.de«, arbeitet seit vielen Jahren über die »Kritik der Politischen Ökonomie« und

- die Geschichte des Sozialismus. Buchveröffentlichung (zusammen mit Joachim Bischoff): »Die ›Große Transformation‹ des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses versus Marktversagen« (Hamburg 2013).
- Kim Lucht, Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im SFB »Strukturwandel des Eigentums« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, promoviert über die Verbindung von Klimabewegung und Gewerkschaften. Forschungsschwerpunkte: Kapitalismustheorie und Klassenanalyse, sozial-ökologische Transformation sowie Frauen- und Geschlechterforschung.
- Janina Puder, Soziologin an der Universität Duisburg-Essen. 2021 hat sie an der Friedrich-Schiller Universität Jena ihre Doktorarbeit zur Überausbeutung migrantischer Arbeitskräfte abgeschlossen. Forschungsschwerpunkte: Politische Ökonomie der Arbeitsmigration, Kapitalismustheorie, sozialökologische Transformation, Transnationalität und soziale Klassen.
- Jürgen Reusch, Politikwissenschaftler, Redakteur von Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Arbeitsschwerpunkte: Arbeit und Gesundheit; menschengerechte Arbeitsgestaltung; Gewerkschaften und Arbeitspolitik.
- Witich Roßmann, Politikwissenschaftler, promovierte zu »Vergesellschaftung, Krise und gewerkschaftliche Gegenmacht«. Von 1987 bis 2017 arbeitet er als Gewerkschaftssekretär und zuletzt erster Bevollmächtigter der IG Metall Köln-Leverkusen. Er ist Vorsitzender des DGB-Stadtverbands Köln.
- David Salomon, Politikwissenschaftler, derzeit Co-Leiter des Projekts »Der Blick nach unten. Soziale Konflikte in der Ideengeschichte der Demokratie« an der TU Darmstadt.
- Ines Schwerdtner, Politikwissenschaftlerin, Chefredakteurin der deutschsprachigen Ausgabe von »Jacobin«. Sie ist Co-Moderatorin des sozialistischen Podcasts »Hyperpolitik« und Mitbegründerin der Kampagne »Genug ist Genug«.
- Ingar Solty, Referent für Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Fellow des Berliner Instituts für kritische Theorie. Letzte Buchpublikation: »Auf den Schultern von Karl Marx« (als Mitherausgeber, Münster 2021).